

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

22.8.1931 (No. 194)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 253  
und 254  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. M. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einricht. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassentabell gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Zeitung zu richten. Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweise Vortreibung und Kontakverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Beschädigung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Abnehmer, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlange Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Arbeitsplan der Reichsregierung

**Wirtschaftsprogramm erst nach Genf**  
Am gestrigen Freitag hatten sich die Besprechungen bei dem Kanzler gehäuft. Er hat nicht nur mit den Vertretern der drei großen Mittelstandsgruppen die Sorgen besprochen, die diesen Gruppen besonders am Herzen liegen, sondern er empfing auch noch den deutschen Vertreter bei den Vafeler Finanzverhandlungen, Melchior, der ihm seine persönlichen Vafeler Eindrücke schilderte. Den Abschluß bildete dann noch ein Besuch des Präsidenten Thomas vom Internationalen Arbeitsamt in Genf, wobei es sich aber wohl mehr um einen Höflichkeitssakt handelte.

Inzwischen wird dem Kanzler das Material vorliegen, das zur Behandlung der Bankfrage das Kabinett heute beschäftigt. Man rechnet mit dem Erscheinen der entsprechenden Notverordnung nicht vor Mitte nächster Woche. Inzwischen fährt der Kanzler am Montag zu einer Fraktionsführung des Zentrums nach Stuttgart. Außerdem muß die Unterschrift des Reichspräsidenten erst von Dietramszell eingeholt werden.

Nach der Rückkehr Dr. Brünnings aus Stuttgart wird das Kabinett sich übrigens gleichzeitig mit dem Finanzproblem beschäftigen, da die Regelung dieser Frage angesichts der weiter ständig zunehmenden Finanznot der Kommunen sehr drängt. Das dürfte auch in der Besprechung zum Ausdruck gebracht worden sein, welche die Finanzminister der größeren Länder bei dem preussischen Finanzminister in Berlin am Freitag abgehalten haben.

Das Reichskabinett wird außerdem in der zweiten Hälfte der nächsten Woche noch die Genfer Verhandlungen vorbereiten müssen, da die deutsche Delegation bereits am heutigen Samstag Abend abfährt. Bei der Fülle des Arbeitsplans der nächsten Woche ist natürlich nicht daran zu denken, daß das Wirtschaftsprogramm, das den großen Schwierigkeiten des Winters begegnen soll, noch vor der Genfer Tagung herauskommt. In unterrichteten Kreisen rechnet man vielmehr erst auf die erste Septemberhälfte.

### Die Wünsche der Industrie

**Ein Memorandum an die Reichsregierung**  
Der Reichsverband der deutschen Industrie hat der Reichsregierung ein Memorandum überreicht, in dem die Wünsche der Industrie zur gegenwärtigen Wirtschaftslage zum Ausdruck gebracht werden. Eine Veröffentlichung ist, wie die „Voss. Zeitung“ schreibt, nicht beabsichtigt, um eine Diskussion in der Öffentlichkeit zu vermeiden. In der Hauptsache sollen die der Reichsregierung vorgelegten Wünsche auf dem Gebiet der Steuerpolitik, der allgemeinen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen liegen.

Der Reichsverband verweist, wie die „Voss. Zeitung“ meldet, ein Rundschreiben, in dem es u. a. heißt: Angesichts der außerordentlich bedrohlichen Lage in der Industrie wie in den anderen Wirtschaftszweigen haben wir nun noch einmal unsere wichtigsten Forderungen und Vorschläge zusammengestellt. Der Ausgangspunkt der ganzen Darstellung ist der zwingende Gedanke, daß Deutschland auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen ist. Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die organische Umgestaltung der Selbstkosten im Sinne einer möglichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten stehen. In der Aufzeichnung ist dargestellt, wie dieser Grundgedanke auf folgende vier Hauptgebiete angewandt werden müsse: 1. Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand, 2. Soziale Belastungen, 3. Löhne und Gehälter, 4. Verkehrsstarke und Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe. Ein weiterer besonderer Abschnitt befaßt sich mit den „Aufgaben einer richtigen und einwandfreien Kreditpolitik“ insbesondere in der öffentlichen Hand, um eine Senkung der Kreditkosten zu erreichen. Ein anderer positiver Vorschlag erstreckt sich auf die Schaffung einer Möglichkeit für vermehrte Aufträge an die Wirtschaft. Schließlich enthält die Eingabe auch die nachdrückliche Forderung, alle Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, endgültig zu beseitigen.

### Zuntersmaschine zum Ozeanflug gestartet

W.B. Berlin, 22. Aug. (Tel.) Die Zunters-Maschine, die Revine auf seinem Ozeanflug geflogen hat und von einem gewissen Willy Rody aufgekauft war und inzwischen eingehend überholt wurde, ist heute morgen auf dem Kempelhofer Feld um 7.03 Uhr zum Ostwest-Atlantikflug aufgestiegen. Sie hat Kurs auf Lissabon über Lyon—Marseille. Der Flugzeugführer ist Christian Johannsen, außerdem fliegen der Flugzeughalter Willy Rody und ein Portugiese mit.

Zu dem Amerikafluge erfahren wir, der Besitzer der Zunters-Maschine, der 24 Jahre alte Pilot Rody, hat in Leipzig das Fliegen gelernt und den Führerschein erworben. Er ist also in der Lage, dem Hamburger Piloten Johannsen beim Steuern der Maschine nützlich zu sein. Der dritte Mann der Besatzung, der portugiesische Sportflieger Waiga, besitzt ebenfalls den Führerschein und wird den Flug bis Amerika mitmachen. Das Flugzeug nimmt den Weg über die Azoren und wird zuerst in Südamerika landen.

Brasilien kauft Kaffee gegen amerikanischen Weizen. Die brasilianische Regierung hat mit der zuständigen amerikanischen Bundesbehörde einen festen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen sie berechtigt ist, 1.050.000 Sack Kaffee gegen 25 Millionen Busfells Weizen einzutauschen.

### Letzte Nachrichten

#### Die heutige Sitzung des Reichskabinetts

##### Aufhebung der Ausreisegeld? Die Steueramnestie

M. Berlin, 22. Aug. (Priv. Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung, die nachmittags 4 Uhr beginnt, steht neben der Frage der Bankenaufsicht auch die Aufhebung der Notverordnung über die Ausreisegeldfrage.

Eine weitere Frage ist die Notverordnung über die Kapitalflucht. Nach den bisherigen Plänen scheint es, als ob man die bisherige Notverordnung aufheben und durch eine neue ersetzen will, die dann den Titel führen soll, „Notverordnung über die Steuererfassung nicht-versteuerter steuerpflichtiger Werte und die Steueramnestie“. Es gilt bereits als sicher, daß eine Verlängerung der Fristen schon mit Rücksicht auf die neue Änderung der Bestimmung erfolgen wird, und zwar ist der 16. September als Termin geplant.

Der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts ist bereits heute vormittag zusammengetreten, um gemeinsam mit dem Sachverständigenrat, den das Kabinett zur Beratung über die schwierigen Wirtschaftspragen herangezogen hat, das Bankproblem weiter zu behandeln. In unterrichteten Kreisen nimmt man jetzt an, daß weder in der Bankfrage noch in der der Gemeindefinanzen heute bereits eine Entscheidung fällt. Offenbar reicht das Material, das der Kanzler sich bestellt hat, als Unterlage für positive Beschlüsse noch nicht aus. Was die 100-Mark-Reichsmark-Geld für Ausländer anlangt, so laßt sich — wie von anderer Seite berichtet wird — bei der Verschiebung der Ansichten über dieses Problem im Augenblick noch nicht voraussagen, ob es schon heute zur Aufhebung der Gebühre kommt. Immerhin scheint es möglich, jedenfalls liegt dem Kabinett eine entsprechende Vorlage vor. Sollte sie angenommen werden, so würde die Aufhebung der Gebühr vielleicht im Laufe der nächsten Woche in Kraft treten.

#### Die engl. Abrüstungsdenkschrift

##### Der Rüstungsstand Englands

W.B. Genf, 22. Aug. (Tel.) Das angekündigte und seinem wesentlichen Inhalt nach bereits bekannte Memorandum der englischen Regierung über den augenblicklichen Rüstungsstand Englands ist heute gleichzeitig in London und Genf der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Veröffentlichung enthält nur Zahlen und — im Gegensatz zu dem kürzlich veröffentlichten französischen Memorandum — keine politischen Ausführungen.

Die englische Veröffentlichung hält sich in ihren Angaben streng an den von der Vorbereitenden Abrüstungskommission aufgestellten Konventionsentwurf und an die Beschlüsse des Völkerbundes vom 25. Mai d. J. Die englische Regierung bittet, ebenso, wie es die amerikanische Regierung in ihrer Abrüstungsnote getan hat, in einem Begleitschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, ihre Mitteilungen sobald als möglich an die Mitglieder des Völkerbundes und die Teilnehmer an der Abrüstungskonferenz weiterzuleiten.

#### Die französische Politik in Osteuropa

##### Die Verhandlungen mit Rußland

W.B. Paris, 22. Aug. (Tel.) Eine deutsche Nachrichtenagentur hatte aus Moskau gemeldet, der Sowjetbotschafter in Paris, Dvornikoff, habe Ende vergangener Woche den Abstimmensentwurf für einen Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und Sowjetrußland seiner Regierung eingesandt. Der offiziöse „Petit Parisien“ erklärt, daß diese Nachricht falsch sei. Daß Besprechungen stattgefunden hätten, sei kein Geheimnis. Diese Verhandlungen seien auf Anregung der Moskauer Regierung sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Richtung geführt worden und bezweckten, eine Grundlage für einen kommerziellen modus vivendi, gleichzeitig aber auch für die Stabilisierung der politischen Beziehungen Frankreichs zu Moskau zu finden. Die Bindungen, die für Frankreich durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbund bestehen, wie die aus den Beziehungen Frankreichs zu Polen und Rumänien sich ergebenden Verpflichtungen, seien bei diesen Beratungen nicht ausgeschlossen.

W.B. Paris, 22. Aug. (Tel.) „Petit Parisien“ bestätigt, daß — wie gestern „Chicago Tribune“ berichtet — gleichzeitig mit den französisch-russischen Verhandlungen in Paris solche zwischen Warschau und Moskau im Gange seien.

#### Amerikanische Intervention auf Cuba?

W.B. New York, 22. Aug. (Tel.) Angesichts der noch immer ungelärten Lage in Cuba, die vorläufig nur eine Fortdauer der Kämpfe erwarten läßt, beschäftigt sich die Presse in Washington mit der Möglichkeit einer amerikanischen Intervention. Mit Rücksicht auf die Stimmung im übrigen Lateinamerika würde sie zwar als unerwünscht angesehen werden, andererseits müsse jedoch daran erinnert werden, daß Amerika immer noch eine gewisse Mitverantwortlichkeit für das Leben und das Eigentum der Ausländer in Cuba trage.

### \* Zur politischen Lage

#### Frankreichs goldene Ängeln

Wieder hat Frankreich auf seinem Wege, der zur Beherrschung Europas führt, einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts getan: es hat Ungarn seinem Einflusse unterworfen.

Sicherlich ist das eine der markantesten Tatsachen aus der politischen Geschichte der letzten Zeit. Nicht etwa, daß Ungarn als Macht eine besonders große Rolle spielte! Das Aufsehenerregende des Vorgangs ist darin zu erblicken, daß ein kleinerer Staat, der bisher eher antifranzösisch war und geflissentlich seine Position im Kreis der unabhängigen, gegen die Friedensverträge protestierenden Völker betonte, nunmehr auf der ganzen Linie umschwankt und sich Frankreich in die Arme wirft. Denn so und nicht anders ist der Rücktritt des ungarischen Kabinetts Graf Bethlen und seine Ersetzung durch ein Kabinett Karolvi zu verstehen, mögen auch einzelne Pressestimmen aus Ungarn diesen Eindruck abzuschwächen versuchen.

Graf Bethlen ist zwölf Jahre lang der konsequente Vertreter einer Politik gewesen, die ein Gegengewicht gegen die französische Übermacht zu schaffen versuchte. So stand er ganz von selbst meistens an der Seite Deutschlands, Österreichs oder Bulgariens. Und so lehnte sich Ungarn ganz von selbst an jene Großmacht an, die noch am ehesten als kräftiger Widerpart Frankreichs gelten konnte, an Italien. Und diese Regierung ist jetzt zurückgetreten, und an ihrer Stelle amtiert ein Kabinett, dessen Ministerpräsident, Graf Karolvi, als Franzosenfreund und Anhänger einer französisch orientierten Politik bekannt ist.

Und wie ist das Ganze möglich geworden? Dadurch, daß Ungarn Geld und bessern Absatz für seine Agrarprodukte brauchte, und Frankreich — allerdings zusammen mit noch anderen — der ungarischen Regierung den gewünschten Kredit beschaffte und ihr ferner ganz bestimmte Zusicherungen bezüglich der Abnahme ungarischer Agrarprodukte gab. Gleichzeitig hat Frankreich Letzland durch einen neuen Kredit fester an sich gefügt.

Noch viel wichtiger aber ist der in Aussicht genommene Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Rußland und Frankreich bzw. zwischen Rußland und Polen. Dieser Pakt hätte vor allem den Zweck, die östliche Flanke Polens zu sichern. Er bildet fernerhin den Auftakt zu einer von Paris aus offenbar ganz konsequent betriebenen Politik der Ausöhnung mit Rußland. Paris will auch Rußland bis zu einem gewissen Grade an die Kette legen, um von vornherein die Möglichkeiten einer Ostorientierung Deutschlands zu vernichten, falls solche Möglichkeiten jemals praktische Bedeutung bekämen. Selbstverständlich wird Frankreich für den Nichtangriffspakt noch seinen besonderen Preis zahlen, und zwar in finanzieller und wirtschaftlicher Form.

Jedenfalls eilt zur Zeit die Pariser Außenpolitik trotz der Isolierung Frankreichs von Erfolg zu Erfolg. Mit dieser Tatsache hat sich offenbar auch Mussolini bereits abgefunden. Auch er hat ja Deutschland den Rat gegeben, sich zunächst aus eigener Kraft zu helfen und ein Arrangement mit Frankreich zu versuchen, allerdings auf der Grundlage einer Revision der bestehenden Verträge, einer Revision, welche Deutschland die wirkliche Gleichberechtigung wiedergibt. In Frankreich selbst wird schon von einer italienischen Gefahr überhaupt nicht mehr gesprochen. Man ist davon überzeugt, daß Frankreich politisch, wirtschaftlich, finanziell und militärisch Italien ernstlich nicht zu fürchten habe. Und England hat seine eigenen Sorgen, zumal sich die Situation in London infolge der Beratungen über das Sparprogramm immer mehr und mehr zu einer Regierungskrise zuspitzt.

#### Frankreich und wir

In der letzten Woche hat sich die Presse unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ mit der Idee eines Vier- oder Fünfmächtepaktes beschäftigt. Dieser Pakt solle England, Frankreich, Deutschland und Italien, und womöglich auch noch Rußland umfassen und in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ganz bestimmte Garantien für eine Gesundung Europas im Geiste des Friedens schaffen. Wir haben von vornherein dieser Idee nicht viel Bedeutung beigemessen. Sie ist eine müßige Kombination, zumal sie auch Rußland mit ins Auge faßt. Die Voraussetzungen für einen solchen



Pakt wären doch erst dann gegeben, wenn sich Frankreich und Deutschland ausgesprochen und geeinigt hätten.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat man in Frankreich die Idee abgelehnt und der Vermutung Ausdruck gegeben, man wolle mit diesem Vermächtnis- oder Bündnistraktat die dringend notwendige, direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hintertreiben. Diese Haltung der französischen Politik ist gewiß zu verstehen. Paris will sich bei seinen Verhandlungen mit Berlin von niemandem dreinreden lassen. Und zunächst ist es sicherlich auch, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, besser, wenn wir mit Frankreich allein verhandeln. Wir wissen ja gar nicht, was uns der französische Ministerpräsident zu sagen haben wird. Und vielleicht hat er uns etwas zu sagen, was er im Beisein anderer nicht gerne aussprechen möchte. Wir können ja dann immer noch tun, was wir für richtig halten.

Wahrscheinlich werden Lalal und Briand im September in Berlin ihren Gegenbesuch abtun. Dann werden die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland in ihr aktives Stadium eintreten. Wir dürfen ruhig heute schon sagen, daß diese Verhandlungen das Gesicht Europas und der Welt für die ganze nächste Zeit in maßgebender Weise bestimmen werden. Und wir wollen nur hoffen, daß Frankreich dabei etwas mehr Mäßigung an den Tag legt als bisher. Einstweilen ist der Widerhall, den der Bericht der Baseler Bankiers, der sogenannte Layton-Bericht, in Frankreich gefunden hat, wieder einmal recht wenig ermutigend.

#### Hitler und das Zentrum

In der verflochtenen Woche hat Herr Hitler in seinem „Völkischen Beobachter“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er an das Zentrum appelliert, es möge sich von der Sozialdemokratie lösen, da diese Partei spätestens im Mai nächsten Jahres durch den Ausgang der preussischen Wahlen ohnehin blindlingsunfähig werden würde, und an ein Abheben der nationalsozialistischen Bewegung doch nicht zu denken sei. Hitler geht dann auf die — inzwischen dementierte Behauptung — ein, Brüning habe bereits seine Führer nach rechts ausgedreht. Grundsätzlich scheint Hitler bereit zu sein, sich an einer Regierungsbildung zusammen mit dem Zentrum zu beteiligen, aber es müsse das, wie er im „Völkischen Beobachter“ schreibt, in der Weise geschehen, daß die Nationalsozialisten dabei die führenden sind, und daß ganz bestimmte Voraussetzungen vorher erfüllt werden.

Die Zentrumspresse hat in ihren Erwidrerungen auf den Artikel die Machtsprüche Hitlers ohne weiteres zurückgewiesen und den Standpunkt vertreten, daß der Reichskanzler Dr. Brüning ja demnächst mit seinem Programm hervortreten werde, und daß es einer jeden Partei, also auch den Nationalsozialisten, unbenommen bleibe, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Es handle sich jetzt gar nicht um die parteipolitische Frage einer Regierungsbildung, sondern um ganz bestimmte sachliche Aufgaben. Und es komme vor allem darauf an, wie man sich zu diesen Aufgaben stelle.

Auch der „Völkische Beobachter“ hat sich zu dem Artikel Hitlers geäußert. Er ist dabei von der Grundeinstellung des Zentrums ausgegangen, daß sich möglichst alle verantwortungsbewußten, vaterländischen Elemente ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit in einer großen, nationalen Front zusammenschließen sollten. Doch denke Herr Brüning sicherlich nicht daran, sich etwa einer nationalsozialistischen Front unter der Führung Hitlers einzugliedern. Einstweilen gähne zwischen dem, was Brüning plane, und den unklaren Radikalismen des Nationalsozialismus ein Abgrund, der zunächst unüberbrückbar scheine. Selbst dann, wenn man die Stärke des Nationalsozialismus zugebe, müsse man immer wieder betonen, daß es ihm an klarer Einsicht und einheitlichem Willen ermangle. Nur auf dem von Brüning vorgezeichneten Weg könne ein langsamer Aufstieg des deutschen Volkes erfolgen. Hitler und die Seinen tründen vor der Frage, ob sie sich in dieser Erkenntnis der allein möglichen, nationalen Front einreihen wollen.

Das Wichtigste an dieser ganzen Diskussion ist wohl nicht ihr Ergebnis — denn das ist negativ —, sondern die Tatsache, daß gerade jetzt eine solche Unterhaltung überhaupt stattfinden konnte.

#### Unzweckmäßige Vorschläge zur „Reichsreform“

Die neueste Nummer der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ bringt eine Veröffentlichung des preussischen Finanzministers Höpfer-Schöff. Sie enthält einen Entwurf zur Reichsreform, der „nach den Beschlüssen der Länderkonferenz von einigen ihrer Mitarbeiter in gemeinsamer Arbeit mit den Referenten des Reichsinnenministeriums“ zustande gekommen sei. Nach diesem Entwurf würde durch Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung, also auf dem Wege einer Notverordnung, Preußen faktisch mit dem Reich verschmolzen werden. Denn, wenn das Reich, wie es der Entwurf will, die Polizeiverwaltung, die Gemeindeaufsicht, die Justizpflege und die Steuerverwaltung in Preußen übernimmt, dann bleibt eigentlich kaum noch etwas für eine selbständige Regierungstätigkeit Preußens übrig.

Der Demofrat Höpfer-Schöff gehört jenem Berliner Zirkel von Männern an, die auf einen reinen Unitarismus lossteuern. Der Führer dieser Bestrebungen ist bekanntlich der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Luther. Es wäre so ziemlich das Schlimmste, was uns in diesem Augenblick passieren könnte, wenn man daran gehen wollte, den Entwurf Höpfer-Schöffs zu verwirklichen.

Im Süden würde eine solche Maßnahme die leidenschaftlichste Ablehnung und die tiefste Verbitterung hervorrufen. Aber auch in Preußen selbst müßte man sich auf Ähnliches gefaßt machen. Man darf nie vergessen, daß es nach dem letzten Reichstagswahlergebnis nur noch eine Minderheit von Wählern ist, auf die sich die preussische Regierung stützt. Man müßte also unter allen Umständen abwarten, wie die Landtagswahlen in Preußen ausfallen, um festzustellen, welches denn nun der Wille der preussischen Bevölkerung in ihrer Mehrheit ist. Den Artikel 48 der Reichsverfassung aber sollte man hübsch beiseite lassen. Er ist für die Lösung derartiger Probleme gewiß nicht gemacht worden.

Erfreulicherweise ist auch das Reichskabinett derselben Ansicht. Dr. Brüning hat wiederholt erklärt, daß er alle Fragen, die mit der Reichs- und Verwaltungsreform zusammenhängen, in engstem Einvernehmen mit den Ländern verhandeln werde, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Im Reichsinnenministerium ist man übrigens von der Veröffentlichung Höpfer-Schöffs deutlich abgerückt, und auch die preussische Regierung als solche scheint von ihr nicht erbaut zu sein.

#### Gespannte Lage in England

##### Um das Spar- und Finanzprogramm

Die innerpolitische Krise in England hat sich infolge der ablehnenden Haltung des Gewerkschaftsrates zu den Regierungsvorschlägen über die Sparpolitik und das Finanzprogramm im Laufe des Freitags derart verschärft, daß allenthalben die Möglichkeit eines Rücktritts des Kabinetts Macdonalds erörtert wurde. Neuter meldet, daß die Regierung mit sehr ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterpartei rechnen müsse.

Die Presse ergeht sich in Kombinationen darüber, wie die Dinge ihren Lauf nehmen würden, wenn Macdonald nicht imstande sein sollte, die Lage zu entwirren. — So schreibt „Evening Standard“, es sei wahrscheinlich, daß Baldwin als Führer der zweitgrößten Partei vom König mit der Regierungsbildung beauftragt werde, falls Macdonald zurückträte, was geschehen müßte, wenn er versuchen würde, sein Programm gegen einen Teil seiner Partei mit konservativer und liberaler Unterstützung durchzuführen. Wenn Baldwin die Vertrauensfrage annehme, so würde entweder eine konservative Regierung, die im voraus mit Versprechungen hinreichender Unterstützung von Macdonald und Lloyd George ausgerüstet ist, solange die finanziellen Notmaßnahmen im Parlament beraten werden, ins Amt kommen, oder eine Koalitionsregierung mit Macdonald, Lloyd George und gewissen von ihnen bezeichneten Kabinettsmitgliedern. Keine dieser beiden Regierungen würde wahrscheinlich den gegenwärtigen Notstand überdauern. Neuwahlen würden nach aller Wahrscheinlichkeit vor Jahresende stattfinden.

W.B. London, 22. Aug. (Tel.) Das Kabinett trat heute früh um 9.40 Uhr wieder zu einer Sitzung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wird Macdonald die Führer der Opposition empfangen. Man nimmt an, daß auch Baldwin sofort nach seiner Ankunft in London den Premierminister aufsuchen wird.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die von Macdonald u. Snowden zum Budgetausgleich vorgelegenen Zahlen sowohl für den Gewerkschaftskongress als auch für die konservativen und Liberalen unannehmbar sind. Beide Oppositionsparteien stimmen darin überein, daß Sparmaßnahmen in dem neuen Budget die Hauptrolle spielen müssen. Die Vertreter der konservativen Partei verlangen von Macdonald, daß die Regierung sich so schnell wie möglich dazu entschließt, die geplanten Maßnahmen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. In politischen Kreisen wird weiterhin die Möglichkeit, daß sich die Regierung zum Rücktritt gezwungen sehen könnte, besprochen, obwohl man weiß, daß Macdonald einen solchen Schritt ablehnt. Eine andere Möglichkeit wäre, daß nur diejenigen Mitglieder des Kabinetts, die die Frage der Arbeitslosenunterstützung in erster Linie angeht, ihre Demission einreichen.

#### Schieberei an der polnisch-russischen Grenze

W.B. Warschau, 22. Aug. (Tel.) Wie aus Warschau gemeldet wird, kam es bei Dolzno an der polnisch-russischen Grenze zu einer Schieberei zwischen polnischen Grenzsoldaten und etwa fünfzig polnischen Arbeitssoldaten, die nach Sowjetrußland hinübergehen wollten, weil sie glaubten, in dem Elektrizitätswert am Dnjestr und in den Gruben des Ural Arbeit erhalten zu können. Bei dem Zusammenstoß wurden drei Personen getötet, vier verletzt; zweiundzwanzig Mann sind von der Grenztruppe festgenommen worden.

#### Jugoslawische Flugzeuge über Budapest

Ein dreiflügeliges jugoslawisches Militärflugzeug von 520 PS landete auf dem Flugplatz bei Szegedin (Ungarn). Die jugoslawischen Piloten bemerkten erst nach ihrer Landung, daß sie sich auf ungarischem Gebiet befanden, eilten zu ihrem Apparat zurück, um wieder aufzusteigen. Sie wurden jedoch hieran von den Angestellten des Flugplatzes verhindert. Das Verhör hat ergeben, daß am St. Stephanstag drei jugoslawische Bombenflugzeuge über der ungarischen Hauptstadt mandrierten. Das in Szegedin niedergegangene Flugzeug hatte sich verirrt. Freitag mittag erschienen zwei jugoslawische Militärflugzeuge über der Stadt, die nach der verschwindenden Maschine zu forschen schienen.

#### Amundsens Flugzeug entdeckt?

Professor Weidmann von der Leipziger Universität ließ der Presse die Auffehen erregende Mitteilung zugehen, daß er bei der Bearbeitung des wissenschaftlichen Bildmaterials der Arktisexpedition des „Graf Zeppelin“ auf einer Photographie, die Prof. Koltchanow, Leningrad, über Nowaja-Semlja gemacht hat, ein anscheinend unbeschädigtes Flugzeug, Flugboot, entdeckt hat. Professor Weidmann will zusammen mit Prof. Koltchanow, der bei ihm zu Gast weilte, die Angelegenheit noch genauer nachprüfen. Es wird von den Forschern nicht für unmöglich gehalten, daß es sich um das Flugzeug von Amundsen handelt. Prof. Weidmann will das Bild am Samstag im Rahmen eines Vortrages als Lichtbild vorführen. In Moskau neigt man zu der Ansicht, daß es sich um das Fahrzeug eines verirrtten Ozeanfliegers handle, der dort sein tragisches Ende gefunden hat. Ein russisches Erkundungsflugzeug kommt nach den Feststellungen der Sowjetbehörden nicht mehr in Frage. Die Vermutung, daß es sich um das Flugzeug Amundsens handeln könnte, ist auch weniger wahrscheinlich geworden, da das Bild zu zeigen scheint, daß es sich um ein einmotoriges Flugzeug handelt, während Amundsens Apparat zwei Motoren besaß.

#### Kommunistisches Waffenlager in Berlin

In einem Keller im Berliner Osten in der Eilfiter Straße wurde am Freitag ein großes kommunistisches Waffenlager entdeckt. Es wurden nicht weniger als 5 Kisten Para-Maschinenpistolen, eine Menge Munition, Sprengstoff, Ersatzteile und Hülfsmittel vorgefunden. Der Betreuer dieses Lagers dürfte der im Hause wohnende Portierssohn gewesen sein, der zusammen mit zwei Freunden, die in der Nähe wohnten, bei Schießübungen im Neuenhagener Forst festgenommen werden konnten. Es besteht kein Zweifel daran, daß bei diesen Übungen die in dem Lager vorhandenen Waffen planmäßig eingeschossen werden sollten, so daß sich schon jetzt mögliche Zusammenhänge mit den in der letzten Zeit zunehmenden kommunistischen Terrorgruppen ergeben. Die Anlage des Waffenlagers war mit großer Sorgfalt erfolgt.

#### Wieder fünfzehn Kommunisten in Berlin verhaftet

W.B. Berlin, 22. Aug. (Tel.) Auf Grund der Ermittlungen der Abt. 1 A des Polizeipräsidiums wurden im Laufe des heutigen Vormittags weitere fünfzehn Kommunisten zwangsgestellt, die in dem Verdacht stehen, an den politischen Mordtaten der letzten Zeit beteiligt gewesen zu sein. Die noch andauernden Vernehmungen sollen Klärung bringen, ob die Vermutungen der Polizei und die Angaben aus dem Publikum zu Recht bestehen.

Der Oberreichsanwalt hat durch einen Beamten, der bei der Sichtung des im Karl-Liebknecht-Hause vorgefundenen Materials zugegen war, dieses beschlagnahmen lassen. Der größte Teil dieses Materials sind Vernehmungsschriften, durch die die Unterlagen zu einem Hochverratsverfahren gegeben sind.

#### Zur Frage des Nachtbarverbots

Ein kombinierter Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichs-Wirtschaftsrates hat zur Frage der Aufhebung oder Aufhebung des Nachtbarverbotes gutachtlich Stellung genommen. Er war einstimmig der Ansicht, daß eine Aufhebung des Nachtbarverbotes nur dann in Frage kommen könne, wenn dadurch eine wesentliche Verbilligung des Brotpreises herbeigeführt wird. Die Meinung darüber, ob solche wesentliche Preisermäßigung gesichert erscheine, war geteilt. Eine Mehrheit fand dagegen ein Antrag, in allen Bäckereibetrieben die Vorbereitungsarbeiten für die Brot- und Bräutchenherstellung schon um 3 Uhr morgens beginnen zu lassen. Mit großer Mehrheit fand ein weiterer Antrag Annahme, das die Vertriebspreise wesentlich erhöhende Verbot des Ausfahrens vor Beginn der Verkaufszeit aufzuheben. An dem Verbot des Verkaufes der Backwaren vor 7 Uhr morgens wurde einstimmig festgehalten.

#### Die Herbsttagung des Völkerbundes

Die Herbsttagung des Völkerbundes in Genf beginnt am kommenden Montag mit den Tagungen zweier Unterausschüsse der Europa-Konferenz, des Sachverständigenausschusses für Wirtschaftsprüfung und des Komitees für Kreditfragen.

Der Sachverständigenausschuß, um dessen Beratungen u. a. Sir Walter Layton und von deutscher Seite Clemens Lammer teilnehmen werden, wird Kartellfragen, die Schaffung einer internationalen Währungsunion (Francqui-Plan) und die Senkung der Handelskonventionen erörtern. Das Komitee für Kreditfragen, über dessen Einberufung noch bis vor kurzem bei den zuständigen Stellen Meinungsverschiedenheiten bestanden, soll sich in Verbindung mit einer Delegation des Finanzkomitees des Völkerbundes mit den Bedingungen befassen, durch die die Begebung internationaler Staatsanleihen durch ein aktiveres Eingreifen des Völkerbundes als bisher erleichtert werden könne.

#### Maßnahmen zum Schutze der Baumwollpreise

W.B. New Orleans, 22. Aug. (Tel.) Die Konferenz der Baumwollproduzierenden Staaten der Union stimmte gestern offiziell dem Antrag des Gouverneurs des Staates Texas zu, auf dem Wege der Gesetzgebung den Anbau von Baumwolle in den Südstaaten für das kommende Jahr zu verbieten. Ferner nahm die Konferenz einen Antrag des Senators Caraway an, nach welchem das Landwirtschaftsamt erjacht werden soll, acht Millionen Ballen Baumwolle zu einem unter dem Marktpreise liegenden Preise zu erwerben und sie zur Verfügung der Farmer zu halten. Ein Vorschlag, die Baumwollproduktion im Jahre 1932 nur um ein Drittel zu verringern, wurde mit lauten Nein-Rufen abgelehnt.

#### Kurze Nachrichten

Brüning fährt nach Stuttgart. Reichskanzler Dr. Brüning wird sich am Montag nach Stuttgart zu einer Fraktionsitzung des Zentrums begeben.

Die schlechten Steuereingänge im Juli. Im Juli betrugen die Reichseinnahmen 828,2 Millionen Reichsmark. Das Aufkommen im Juli ist gegenüber der Vorjahrszahl um 168 Millionen, gegenüber Juli 1930 um etwa 268,8 Millionen Reichsmark zurückgeblieben, was zum großen Teil auf die Wankenkrisis und die dadurch hervorgerufene Störung des Zahlens- und Überweisungsverkehrs zurückzuführen ist.

Die Rechte für Einberufung des Preussischen Landtags. Die deutsch-nationale und die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags haben die sofortige Einberufung des Landtags beantragt. Nach der Verfassung muß der Landtag einberufen werden, wenn ein Fünftel der Landtagsmitglieder, also 90 Abgeordnete, es verlangen. Deutsch-nationale und Nationalsozialisten verfügen nur über 76 Abgeordnete. Somit ist noch die Unterstützung anderer Parteien erforderlich. Diese Unterstützung werden die Antragsteller, wie berichtet wird, voraussichtlich bei den Kommunisten erhalten. Man wird unter diesen Umständen damit rechnen können, daß der Preussische Landtag zu einer Zwischentagung Ende August oder Anfang September zusammenzutreten wird.

Deutschland kauft Silber in New York. Im Laufe des Monats August wurden vom Deutschen Reich am New-Yorker Markt ungefähr 2 Millionen Unzen Silber gekauft. In den beteiligten Kreisen des Silbermarktes ist man der Ansicht, daß in den nächsten Wochen weitere Silberkäufe folgen werden.

Abkommen über internationale Niederlassungen in Basel. Im Eidgenössischen Departement sind — wie aus Bern gemeldet wird — das Abkommen über die Niederlassung des Agrarfonds in Basel von den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Ungarns, Italiens und der Schweiz sowie das Abkommen über die Niederlassung des Spezialfonds in Basel von den Vertretern der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien, Rumänien, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens unterzeichnet worden. Die Abkommen bedürfen noch der Ratifizierung durch die Schweiz.



## Zu den Vorschlägen

### Höpfer-Archiboffs

#### Eine Zentrumserklärung

Gegenüber dem Berliner Vertreter der „Nationalen Volkszeitung“ äußerte sich eine führende Persönlichkeit der preussischen Zentrumspartei zu den Vorschlägen des Finanzministers Dr. Höpfer-Archiboffs wie folgt:

Die Vorschläge Höpfer-Archiboffs bewegen sich nicht sowohl in der Richtung auf eine sogenannte Reichsreform, als daß sie vielmehr eine kombinierte Verwaltungsreform zwischen Reich und Preußen anbahnen wollen. Ob diese Vorschläge praktisch sich auf der Grundlage dessen bewegen, was der preussische Ministerpräsident als seine Idee jüngst einmal in einem geschlossenen Kreis angedeutet hat, ist deshalb nicht zu übersehen, weil Dr. Braun damals nicht im einzelnen gesagt hat, wie er sich die Verwirklichung seiner Idee denkt. Wir glauben aber zu wissen, daß Dr. Braun mit dem wesentlichen Teil der Vorschläge des preussischen Finanzministers nicht konform gehen dürfte.

Jedenfalls hat sich bei dem Höpferischen Vorschlag alsbald herausgestellt, daß die praktische Inangriffnahme dieses ganzen Problems in demselben Augenblick unmöglich wird, wo man versucht, es aus dem Stadium der theoretischen Erwägungen in die Wirklichkeit zu überführen. Daß eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reich und Preußen wünschenswert wäre, kann ohne weiteres bejaht werden. Ebenso klar ist aber, daß sie mit größter Vorsicht und mit höchster Überlegenheit angefaßt werden muß. Vor allem aber dürfte es sich empfehlen, zunächst das Ergebnis der nächsten Landtagswahlen abzuwarten. Es ist eine altbewährte Praxis, daß sterbende Parlamente keine grundlegenden Maßnahmen mehr zu treffen pflegen, von denen sie nicht wissen können, ob ihre Nachfolger eine angefangene Linie weiterverfolgen bereit sein werden. Wäre das nicht der Fall, so stände man schließlich vor Kompensationen unangenehmer Art. Aus diesem Grunde hat es auch wenig Zweck, sich an der Einzelkritik zu den Höpferischen Vorschlägen zu beteiligen, die ja bereits eingeleitet hat.

#### Die bayerische Auffassung

Die Gedankengänge Höpfer-Archiboffs — so schreibt die amtliche „Bayr. Staatsztg.“ — laufen, das ist unverkennbar, letzten Endes darauf hinaus, dem preussischen Staate eine Art Hegemonialstellung im Reiche zu verschaffen. Das hieße an Stelle des Föderalismus den Unitarismus setzen. Insofern haben auch die übrigen Länder Anspruch darauf, gegenüber den preussischen Absichten ein Wort mitzureden. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat auf der Länderkonferenz in Berlin im Januar 1928 klar und deutlich die Forderungen formuliert, die vom Standpunkt Bayerns und wohl auch der übrigen Länder für den Fall einer solchen Lösung des Problems Preußen und Reich unbedingt gestellt werden müßten. Es ist nützlich, sie hier wiederzugeben:

1. Die Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung.
2. Die Gebietsautonomie der Länder, d. h. die Sicherung gegen Beeinträchtigung des Gebietes der Länder ohne ihre Einwilligung auf dem Wege des Art. 18.
3. Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches durch Befreiung oder Abänderung der Art. 7, 8, 9 und 10 der Reichsverfassung. Der Landesgesetzgebung wären Polizei, Wohlfahrtspflege, Unterricht- und Bildungswesen sowie das Kultuswesen im vollen Umfang zurückzugeben.
4. Sicherstellung der Verwaltung der Länder gegen Eingriffe der Reichsverwaltung.
5. Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbständigkeit der Länder, durch eine Auscheidung der Steuerquellen und die Rückübertragung der Steuerverwaltung für die eigenen Steuerquellen. Die Erstellung eines Finanzausgleichs, der den rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen entspricht und die Erhaltung der Länder selbständigkeit ermöglicht.
6. Ausbau des Reichsrats zum Gesetzgebungsfaktor.
7. Alle diese Rechteforderungen der Länder wären nach Art. 76a der Reichsverfassung verfassungsmäßig zu sichern. An diesen Forderungen hat sich auch heute noch nicht das geringste geändert. Im übrigen sei zum fundamentalen Male betont: Bayern lehnt alle Vorkämpfungen, die auf eine Unitarisierung des Reiches hinauslaufen, nach wie vor auf das Entschiedenste ab. Es wird niemals einwilligen, daß der Charakter des Reiches geändert wird. Niemals! Setzt man in Berlin trotzdem die Bestrebungen fort, die die Eigenstaatlichkeit der Länder, ihre Hoheitsrechte, beseitigen wollen, dann wird man sich auch darüber klar werden müssen, daß das einer ernstlichen Gefährdung des Reichsgedankens gleichkäme.

#### Kleine Chronik

Auf die Filiale der Reichsbank in Altona-Stellingen wurde heute, Samstag vormittag, ein Raubüberfall verübt. In einem Auto fuhren drei Männer vor, die schwarze Masken trugen. Den Bankvorsteher hielten sie mit vorgehaltener Waffe in Schach. Die Männer erbeuteten, soweit bisher bekannt geworden ist, etwa 6000 RM und flüchteten dann mit dem Auto in Richtung Eimsbüttel-Hamburg.

Der 53 Jahre alte Obergeldzähler der Reichsbank, Karl Krebe, der, wie erinnerlich, bei dem Überfall auf die Lebensstelle der Reichsbank in der Innsbrucker Straße in Berlin von den Räubern durch einen Bauchschuß schwer verletzt worden war, ist im Krankenhaus verstorben.

Der Sprengmeister Richter der Grube Golpa der Elektrowerke A.-G. Berlin, ist unter dem Verdacht des Sprengstoffdiebstahls verhaftet worden. Man fand in verschiedenen Verstecken insgesamt 35 Pfund Sprengstoff und zwei Rollen Zündschnur. Weiter wurden kommunisistische Schriften und kommunisistische Mitgliedsarten gefunden. Richter, der sofort verhaftet wurde, bestritt den Diebstahl.

In Krakau wurden drei Polizeigenossen beim Transport eines Schwerverbrechers von zwei Komplizen des Verbrechers aus dem Hinterhalt beschossen. Alle drei erlitten erhebliche Verletzungen. Schließlich wurde der eine Bandit festgenommen, der andere beging Selbstmord.

Wie Havas aus Schanghai meldet, nehmen die Überschwemmungen im Yangtsegebiet einen immer größeren Umfang an. Die Lebensmittelversorgung ist praktisch unmöglich geworden. Man plant eine beschleunigte Räumung der Stadt Pantau. Die Schiffsahrtsgesellschaften in Schanghai sind angewiesen worden, für die eventuelle Räumung die notwendigen Schiffe bereitzustellen.

In der Nacht zum Donnerstag ging über die Westküste von Korea ein schweres Gewitter nieder. Eine große Anzahl von Fischerbooten ist gesunken, etwa 200 Personen werden vermisst.

Ein heftiger Sturm mit riesigen Wellen hat bei New York Hunderte von Badenden überzogen. Die Rettungsboote konnten nicht ins Wasser gebracht werden. Fünf Personen sind ertrunken.

Die deutsche Fliegerin Marga v. Ebdorf ist am Freitag um 14 Uhr (Moskauer Zeit) auf ihrem Ostasienflug in Nowo-Sibirsk gelandet.

„Do X“, der Donnerstag früh 5.58 Uhr in Port of Spain (Trinidad) aufgestiegen und nach einer Zwischenlandung in St. Johns (Antigua) um 16.24 Uhr in Sao Juan (Portorico) eingetroffen war, ist Freitag früh 6.28 Uhr nach Cuba gestartet. Mittags landete das Flugschiff in der Antilla-Bay (Cuba).

## Die Arbeitsmarktlage im Reich

### Weitere Verschlechterung — Rund 4 104 000 Arbeitslose

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. August 1931 hat das Abfluten des Beschäftigungsgrades das in der zweiten Juli-Hälfte eingeleitet hatte, in der ersten August-Hälfte ein etwas rascheres Tempo angenommen. Zwischen den beiden Stichtagen vom 15. Juli und 15. August 1931 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 148 000, in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 129 000 gestiegen. Auf die Zeit vom 1. bis 15. August 1931 entfallen von der Zunahme rund 114 000 (im Vorjahr rund 80 000). Nach den Zahlungen der Arbeitsämter war am 15. August eine Arbeitslosenzahl von rund 4 104 000 erreicht. In dieser Entwicklung dürften — neben der üblichen Verminderung in der Beschäftigung der Landwirtschaft — Auswirkungen der Kreditkrise zur Geltung kommen.

In der Arbeitslosenversicherung hat die Entwicklung namentlich eine steigende Richtung angenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um rund 20 000 auf rund 1 225 000 erhöht. Die Belastung der Krisenfürsorge weist eine Zunahme um rund 29 000 auf. Am 15. August wurden rund 1 056 000 Empfänger der Krisenunterstützung gezählt.

Die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke wurden von der Zunahme der Arbeitslosigkeit zwar in verschiedenem Maße, doch ohne Ausnahme betroffen. In der Landwirtschaft ist im allgemeinen die diesjährige Arbeitsmarktlage gekennzeichnet durch eine starke Verwendung von Maschinen und durch das lebhafteste, unmittelbare Angebot wandernder, vielfach berufsfremder Arbeiter.

Der Arbeitsmarkt des Steinkohlenbergbaus hat sich weiterhin ungünstig entwickelt. In den Braunkohlengruben war die Lage uneinheitlich.

Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe hat überall abgenommen.

Eine unverkennbare Verschlechterung der Lage ist auch in der metallverarbeitenden Industrie eingetreten.

Eingelagerte Zmeige des Bekleidungsgebietes hatten etwas besser zu tun. Ungünstiger ist das Bild in der Spinnstoffindustrie.

## Badischer Teil

### Bagelschäden und Hagelversicherungen in Baden im Jahre 1930

Nach Mitteilungen des Statistischen Landesamts sind im Jahr 1930 im Land Baden an 36 Tagen über insgesamt 375 Gemeindegemeinschaften Hagelwetter niedergegangen. Die gesamte verbagelte Fläche betrug 54 590 Hektar; der Schaden belief sich auf insgesamt 10 273 090 RM. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß im Jahr 1929 nur 32 Hageltage, 42 142 Hektar verbagelte Fläche und 8,5 Millionen Reichsmark Schaden festgestellt wurden. Der Hauptanteil an Fläche und Schadensbetrag entfiel im vergangenen Jahre auf den Monat Juni mit 4 331 990 RM (44,3 v. H.) Schadenssumme und 2 476 Hektar (42,2 v. H.) geschädigter Fläche. Im Juli wurden 16 233 Hektar und im August 12 377 Hektar betroffen, mit einem jeweiligen Gesamtschadensbetrag von 3 372 970 Reichsmark bzw. 1 996 740 RM. Der Rest mit 1804 Hektar geschädigter Fläche und 571 390 RM Schadensbetrag verteilt sich auf die Monate April, Mai, September und Oktober.

Nur die zwei Amtsbezirke Säckingen und Weinheim blieben von Hagelwetter verschont. Unter den übrigen 35 von Hagel betroffenen Bezirken steht Freiburg mit 1 828 880 RM Schaden an der Spitze; es folgen Sinsheim mit 1 798 720 RM, Mosbach (1 260 180 RM), Berrheim (595 350 RM), Stodach (585 790 RM), Heidelberg (460 210 RM), Pfullendorf (344 620 Reichsmark), Bruchsal (307 750 RM), Bühl (298 870 RM), Überlingen (285 900 RM), Forstheim (276 450 RM), Billingen (250 430 RM), Waldkirch (248 980 RM), Schopfheim (200 210 Reichsmark); in den restlichen 24 Bezirken liegen die Gesamtschadensbeträge unter 200 000 RM.

Im Jahr 1930 wurden in Baden von der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, ferner von den Hagelversicherungs-Gesellschaften „Borussia“ und „Ceres“, sowie von der Hagelversicherungs-Gesellschaft für Gärtnereien — sämtliche in Berlin — Versicherungen im Gesamtbetrag von 64 551 028 Reichsmark abgeschlossen, darunter allein von der „Norddeutschen“ 61 516 287 RM.

Hagelschäden wurden im vergangenen Jahr insgesamt 2 129 714 RM vergütet, darunter von der Norddeutschen Hagelversicherung allein 2 052 442 RM oder 96,4 v. H., die Hagelversicherungs-Gesellschaft für Gärtnereien hat 47 473 RM, und die Hagelversicherungs-Gesellschaft „Ceres“ 29 799 RM ausbezahlt. Von der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia“ mußten keine Hagelschäden vergütet werden.

### 30 Jahre Eisenbahn Waldkirch-Elz

Im August 1901 wurde die Bahnlinie Waldkirch-Elzach vollendet und dem Verkehr übergeben. Die Strecke Denglingen-Waldkirch war im Jahre 1865 fertiggestellt worden und mehr als 35 Jahre vergingen, bis die Bewohner des oberen Elztales, die sich für die Weiterführung der Bahn einsetzten, den wirtschaftlich wichtigen Anstoß an die Hauptlinien erhielten. Die 12,26 Kilometer lange Strecke von Waldkirch nach Elzach wurde unter Überwindung großer Schwierigkeiten vor allem wegen topographischer Entwerfungsanlagen erforderlich, in nicht ganz 1 1/2 Jahren fertiggestellt. Die Gesamtkosten, ausschließlich des Grunderwerbs, beliefen sich auf 2,5 Millionen Reichsmark.

#### Aus der badischen Industrie

Lohnstarifänderung in der oberbadischen Metallindustrie. Der Lohnstarif in der oberbadischen Metallindustrie ist zum 30. September von Arbeitgeberseite gekündigt worden.

## Tagungen

Tagung des Kraftdrohstengewerbes in Heidelberg. Am Donnerstag hielt der Gau 6 des Reichsverbandes für das Kraftdrohstengewerbe in Heidelberg seine diesjährige Gau-tagung ab. Der 2. Vorsitzende des Reichsverbandes, Stadtrat Ostermeier, hielt ein Referat über „Das Kraftdrohstengewerbe im Kampf um seine Existenz“, in dem er sich gegen die sehr scharfen Bestimmungen wandte, die einzelne Gemeinden gegen das Gewerbe erlassen haben. Der größte Feind des Kraftdrohstengewerbes sei das Schwarzfahren. Ferner müßten mit Unterstützung der Behörden gewerbliche Fachschulen zur Ausbildung der Fahrer errichtet werden. Für die Berufsgenossenschaft der Fahrwerksbesitzer sprach Gläser. Die Unfallstatistik im Kraftdrohstengewerbe sei gesunken, was eine Herabsetzung der Beiträge zur Folge haben müsse. Gau-leiter Kocher sprach über das Tarifwesen. Bemerkenswert waren seine Mitteilungen über die außerordentlich geringen Einnahmen, die im Kraftdrohstengewerbe noch erzielt werden. In der folgenden Diskussion wurde vor allem Abhilfe gegen das Schwarzfahren verlangt.

## Aus der Landeshauptstadt

Eine erhebliche Senkung der Eintrittspreise des Badischen Landestheaters ist — wie uns geschrieben wird — dadurch ermöglicht worden, daß das Personal des Landestheaters freiwillig auf einen Teil seiner Bezüge verzichtet hat in Erkenntnis der allgemeinen Lage, die den Theaterbesuch erschwert. Diese Eintrittspreisreduktion, die bei einzelnen Platzgattungen bis zu 30 Prozent geht und im Durchschnitt etwa 17 Prozent beträgt, läßt erhoffen, daß vom Beginn der neuen Spielzeit ab (9. September) allen Kreisen der Bevölkerung der liebgewordene Theaterbesuch weiterhin ermöglicht wird. Sinngemäß ist auch eine Verbilligung der Platzmiete und der Dauerkarten erfolgt. Dem dankenswerten gezeigten Willen der Mitglieder des Landestheaters, alles für die Erhaltung ihres wertvollen Kunstinstituts zu tun, sollte sich jetzt der Wille des kunstliebenden Publikums anreihen, durch regen Besuch und durch treuebleiben bei der Platzmiete seinem Landestheater die langbewährte Gefolgschaft weiter zu leisten.

Der erste Spatenstich zum Diakonissenhausneubau. Die hiesige Diakonissenanstalt in der Sophienstraße hat den Entschluß gefaßt, jetzt mit ihrem seit Jahrzehnten geplanten Neubau zu beginnen. Am 20. August geschah auf dem Baugelände draußen bei Rippurr der erste Spatenstich. Die feierliche Grundsteinlegung wird morgen, Sonntag, erfolgen.

Neuausgabe des Reichskursbuchs und des Kraftpostkursbuchs. Die erste Winterausgabe des von der Reichspost und Reichsbahn gemeinsam herausgegebenen Reichskursbuchs (Große Ausgabe) und die Winterausgabe des Kraftpostkursbuchs mit den am 4. Oktober in Kraft tretenden Winterfahrplänen werden wieder rechtzeitig vor dem Fahrplanwechsel erscheinen. Gleichzeitig erscheint neu eine Winterausgabe des Reichskursbuchs als „Kleine Ausgabe mit gleichem Inhalt wie die „Große Ausgabe“, jedoch ohne die Abteilung Fremde Länder.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Aufführungen der zuletzt herausgebrachten Operette „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“, von Raymond, fanden jeweils begeisterte Aufnahme eines beifallsfreudigen Publikums, das sich an der lustigen Handlung ergötzte. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Vorstellungen immer stark besucht sind. Heute Abend 20 Uhr, findet eine Wiederholung dieser beliebten Operette statt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen. Auch gestern hatten wir unbeständiges und kühles Wetter. Mehrere Regenschauer zogen in Begleitung stark aufziehender Westwinde vorüber. Heute früh ist stellenweise Aufhellung eingetreten, die aber noch nicht vom Bestand sein wird, da der Vorüberzug eines weiteren Ausläufers der nördlich von uns liegenden Zykone bevorsteht. Erst anschließend ist für morgen vorübergehend trockenes Wetter zu erwarten. Voraussage: Aufsteigend und höchstens vereinzelt noch Regenschauer, abflauende Winde und sehr kühl.

Wasserstände: Waldshut 377 minus 13, Basel 200 minus 3, Schutterlin 270 minus 2, Rehl 404 plus 32, Magau 588 plus 20, Mannheim 505 minus 8, Caub über 200 Zentimeter.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amstlich)

	22. August		21. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Italien . . . 100 L.	—	—	22.03	22.07
London . . . 1 Pfd.	—	—	20.451	20.491
New-York . . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.16	59.28
Prag . . . 100 Kr.	—	—	—	—

Die Handelskammer Freiburg hielt unter dem Vorsitz des Präsidenten, Kommerzienrat Dr. Schuster, eine Vollerversammlung ab. Für das verstorbene Mitglied, Architekt Philipp Walther, wurde im Hinblick auf die außerordentlich große Bedeutung, welche die Elektrizitätswirtschaft für den Bezirk gewonnen hat, Direktor Braedel von der Schluchseewerk-A.G. gewählt. Bei Besprechung der Frage der Wirtschaftsprüfung teilte der Vorsitzende mit, daß nunmehr endgültige Formulierungen für die Bestimmungen vorlägen. Für Baden sei noch die Frage zu prüfen, wie das Verhältnis der bisher von der Handelskammer bestellten Bücherrevisoren zu dem neuen Institut der öffentlichen Wirtschaftsprüfer zu gestalten sei. Dann besprach man Steuerfragen. Es wurde des näheren die Frage der Grundstücksbewertung behandelt, bei der bemängelt wurde, daß die Bewertungsfälle nicht zeitgemäß festgesetzt seien. Hinsichtlich des Abzugs der Steuerzuschüsse bei der Grund- und Gewerbesteuer wurde die Stellungnahme des Finanzministeriums bekanntgegeben, wonach die Berücksichtigung der geschuldeten Grund- und Gewerbesteuer und der Steuerzuschüsse aus früheren Jahren für den Schuldenabzug nicht in Betracht kommen könnten. Wegen dieser läuft ein Einspruch des Badischen Industrie- und Handelstages.

**WINSCHERMANN** G.m. b. H. **Kohlengroßhandlung** Stephaniestraße 49 Telefon 815, 816, 817



## Gemeinderundschau

### Die Finanzlage der Gemeinden

In Niederbühl bei Nastatt wurde der Voranschlag in der letzten Bürgerausschuss-Sitzung einstimmig angenommen. Der Voranschlag weist Einnahmen von 56 759 RM. und Ausgaben von 83 293 RM. auf. Der ungedeckte Aufwand wird durch folgende Umlageföge gedeckt: 108 Pf. vom Grundvermögen, 40 Pf. vom Betriebsvermögen, 650 Pf. vom Gewerbeertrag. Die Biersteuer und die Bürgersteuer werden mit dem einfachen Landesfuß erhoben.

In Ottenhöfen bei Bühl nahm der Bürgerausschuss den Gemeindevoranschlag einstimmig an, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Umlageföge im Vergleich zum Rechnungsjahr 1930/31 nicht unbedeutend herabgesetzt sind; dies wurde ermöglicht durch einschneidende Abstriche und Sparmaßnahmen. Die neuen Umlageföge sind auf Grundvermögen 110, auf Betriebsvermögen 42 und auf Gewerbeertrag 786 Pf.

### Am den Neubau

#### der Mannheimer Ortskrankenkasse

Das Kartell der Mannheimer Arbeitgeberverbände hat im Zusammenwirken mit der Handelskammer und der Handwerkskammer Mannheim an das Reichsarbeitsministerium, Reichsfinanzministerium, an den Reichskommissar sowie an den badischen Staatspräsidenten, das badische Ministerium des Innern und an das Badische Landesversicherungsamt eine Eingabe gerichtet, in der die Einstellung des Weiterbaues des Ortskrankenkassengebäudes an der Friedrich-Ebert-Brücke gefordert wird.

Man rechnet aus, daß der Verwaltungskostenetat der Ortskrankenkasse Mannheim sich künftig auf mindestens 700 000 Reichsmark belaufen werde. Dazu käme der Zinsendienst von 200 000 RM., mithin Gesamtverwaltungskosten 900 000 Reichsmark. Unter Zugrundelegung eines Wochenlohnes von 50 RM. oder eines Jahreseinkommens von 2600 RM. entsprechen diese Verwaltungskosten nach der Darstellung des Kartells den Gesamtversicherungsbeiträgen von nahezu 6000 Versicherten. Da in der Ortskrankenkasse die Zahl der Versicherten im vergangenen Jahre nur 52 000 gewesen sei, so leuchtet ohne weiteres ein, daß ein solcher Verwaltungsetat unverantwortlich sei. Auch der Vorstand der Ortskrankenkasse Mannheim erkläre heute an, daß zur Zeit das alte Gebäude genüge und ausreichend sei. Ohne Widerspruch dürfte ausgesprochen werden, daß der gleiche Zustand auch für die nächsten 3-5 Jahre vorausgesetzt werden darf. Die Darlehensgeber, insbesondere die Girozentrale und die Landesversicherungsanstalt hätten bestimmt heute wichtigere Aufgaben, als den Verwaltungsbau der Mannheimer Ortskrankenkasse zu finanzieren.

36 426 Stellungsuchende in Mannheim. Am 15. August wurden beim Arbeitsamt Mannheim insgesamt 36 426 Arbeitsuchende gezählt, und zwar 28 355 Männer und 8071 Frauen. Die Zunahme von 586 Personen gegenüber der Zählung vom 15. Juli zeigt deutlich die Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Von diesen Arbeitsuchenden entfielen 22 167 Männer und 6399 Frauen auf den Stadtbezirk, während die Landgemeinden ein Angebot von 6188 männlichen und 1672 weiblichen Arbeitsuchenden nachwies. Arbeitslosenunterstützung bezogen 3863 Personen, und Krisenunterstützung 8500, also insgesamt 16 863 Männer und Frauen, mit 19 300 Zuschlagsberechtigten.

Freiwilliger Gehaltsverzicht. Bürgermeister Gremmelsbacher in Billingen hat zugunsten der Fürsorgekasse eine Minderung seines Gehalts um mehr als 25 Proz. eintreten lassen. Nachdem er sich schon bisher den Abzügen gemäß den Rotverordnungen unterworfen hat, hat er damit neuerdings auf 1000 RM. seines Gehalts bis auf weiteres verzichtet.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Der Fall von Lacum

Aus Bingen wird jetzt berichtet, daß die Staatsanwaltschaft keineswegs, wie man fälschlich erfuhr, die Untersuchung eingestellt hat, da eine Reihe von Verdachtsmomenten vorliegt, die der Klärung bedürfen. So ist u. a. festgestellt worden, daß Lacum seiner Sekretärin von dem bedrohenden Zusammenbruch erzählt und erst nach langem Kartenstudium erklart hat, einen Freund in Wildbad zu haben, der ihn mit 150 000 RM. unterstützen könne. Es werde ein Herr mit ihm bis in die Nähe von Karlsruhe fahren. Er verabschiedete sich

mit der Verhütung: „Ich muß auf gewisse Zeit verschwinden; du hörst von mir.“ Lacum fuhr dann unmittelbar nach Gaggenau, wo er sich bei den Eltern der Sekretärin aufhielt. Auch dort erzählte er, er müsse am späten Abend in Wildbad bei einer Besprechung sein. Trotzdem blieb er zur Überraschung der Wirtskente bis 12 Uhr nachts sitzen, so daß er frühestens um drei Uhr nachts in Wildbad hätte sein können. — Tatsächlich hatte Lacum eine Kopfverletzung vom Kriege her, die zu epileptischen Anfällen Anlaß gab. Auf Veranlassung seines Hausarztes wurde er 1920 operiert. Seitdem sind die Beschwerden weg. Er benutzte dann die Tatsache der Operation, um immer wieder von dem Kopfleid und der silbernen Schädeldede zu sprechen, sobald ein Gläubiger drängte.

### Die Affäre Schwed-Lewita

Wie erst jetzt bekannt wird, ist der aus der Affäre Schwed-Lewita in Baden-Baden bekannte Kaufmann Schwed Anfang d. M. in Straßburg auf Veranlassung der Karlsruher Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Das Auslieferungserjuden an die französischen Behörden ist gestellt worden und es ist anzunehmen, daß diesem bereits in der nächsten Zeit stattgegeben wird. Der Abschluß der Voruntersuchung dürfte also wohl nicht mehr allzu geraume Zeit in Anspruch nehmen. Bekanntlich befindet sich Sally Lewita schon seit längerer Zeit in Karlsruher Untersuchungsgefängnis. Ein Haftentlassungsantrag seines Verteidigers wurde seinerzeit wegen Fluchtverdachts abgelehnt. Damit konnte dann das Strafverfahren gegen die beiden Angeklagten, die bekanntlich an der Badischen Volkszeitung G. m. b. H. in Baden-Baden beteiligt waren, und vom Zigarettenkonzern Kemtsma erhebliche Beträge erprecht haben sollen, durchgeführt werden.

Die Nr. 49 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes vom 21. August 1931 enthält Verordnungen des Ministers des Innern über die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Aufzugsverordnung) sowie Gebührenordnung für die Prüfung von Aufzügen.

Id. Forzheim, 22. Aug. Einem Forzheimer Edelsteinhändler wurde bei der Station Bruchsal von einem bis jetzt noch unbekanntem Täter ein Koffer mit Brillanten, Perlen und anderen Edelsteinen im Gesamtwerte von 20 000 RM. entwendet. Von der Versicherungsgesellschaft ist jetzt auf die Weibringung des Schmdes eine Belohnung von 2000 RM. ausgesetzt worden.

Id. Bruchsal, 22. Aug. Durch einen Zufall ist dieser Tage in Mainz die phantastische Lebensgeschichte zweier Menschen aufgedeckt worden. In einer kleinen Wohnung in Mainz lebt seit vielen Jahren das Ehepaar Einsmann. Der „Mann“ dieser Familie ist seit sechs Jahren bei den Erdalwerken als Hilfsarbeiter beschäftigt, die Frau ging auch dem Verufe nach. Zwei Kinder im Alter von 10 und einem Jahr waren vorhanden. Jetzt plötzlich wurde offenbar, daß Josef Einsmann gar kein Mann ist, sondern eine Frau. Vor 46 Jahren in Bruchsal geboren, heiratete Marie Mayer — so heißt dieser „Mann“ in Wirklichkeit in ihrer Heimat — den Josef Einsmann. Während des Krieges war sie als Arbeiterin in einer Forzheimer Munitionsfabrik tätig und trennte sich während dieser Zeit von ihrem Mann. Später zog sie Männerkleidung an und verdiente sich als Mann ihren Lebensunterhalt. Der während des Krieges von ihr geschiedene Mann, Josef Einsmann, lebt als Gipsmeister in Bruchsal.

Id. Rotenfels im Murgtal, 22. Aug. Altbürgermeister W. Baumstark ist im Alter von 67 Jahren verstorben. Während zweier Perioden war er Gemeindevater, mit kurzer Unterbrechung. Im Jahre 1913 berief ihn die Gemeinde zum Bürgermeister. Vierzehn Jahre leitete er die Geschäfte der Gemeinde.

Id. Iffezheim, 21. Aug. Der Wettergott machte am Eröffnungstage der Baden-Badener Rennen ein gar böses Gesicht, so daß die Sonderzüge eine verhältnismäßig kleine Besucherzahl nach Iffezheim brachten. Während der ganzen Rennen ging ein starker Platzregen nieder, der während der Hauptentscheidung des ersten Tages im Fürstbergrennen aufhörte. Sieben Pferde, darunter der Franzose Küchen-Garden, stellten sich dem Starter dieser Hauptprüfung, die mit überlegenem Siege von Freiherrn von Oppenheims Voltenflug gegen die Stadler Sichel eine Überraschung brachte. Der Franzose Küchen-Garden war beim Kaslatzer Vogen stark aufgekomen und konnte, allerdings mit fünf Längen, hinter der Sichel noch den dritten Platz belegen. Neben Grabsch, der durch seinen Sieg im Fürstberg- und Eröffnungsrennen zum doppelten Erfolg kam, konnte Otto Schmidt mit Janus im Schwarzwaldbrennen, und mit Palstey im Fremersberg-Ausgleich für die Weinbergischen Farben zwei beachtenswerte Siege davontragen.

Id. Rehl, 21. August. Aufsehen erregte hier die Verhaftung des früheren Verwaltungsoberinspektors Ruchschbauch und seiner Sekretärin Fräulein Napp unter dem Verdacht der Unterschlagung. Ruchschbauch war während der Besatzungszeit Vorstand der Reichsvermögensstelle in Rehl und nach Abzug der Franzosen mit der Liquidierung des von diesen zurückgelassenen Reichsvermögensverwertungsbeauftragten. Aber die Art der Verhaftungen, die dem jetzt 65 Jahre alten Beamten zur Last gelegt werden, ist bisher Authentisches nicht in Erfahrung zu bringen. Seit der Aufhebung der Reichsvermögensstelle Rehl war Ruchschbauch als Steueroberinspektor dem Finanzamt Rehl zugeteilt. Fräulein Napp, die frühere Dolmetscherin der Reichsvermögensverwaltung, steht unter dem Verdacht der Beteiligung. Von den veruntreuten Geldern konnten bisher 3000 RM. sichergestellt werden.

\* Galslag i. R., 21. August. Die Landwirtschafts- und Waldbauerschule Galslag i. R. veranstaltete in der Woche vom 16 bis 22. August drei Einbauturse für Obst- und Gemüse für ihre ehemaligen Schülerinnen, Bauernfrauen und Bauernkinder aus dem Amtsbezirk Wolfach. An den Lehrgängen nahmen 85 Personen teil. Die zahlreiche Beteiligung ist ein Beweis für das rege Interesse, das man heute auch im Bauernhaus auf der Obst- und Gemüsekonserverierung entgegenbringt.

Id. Konstanz, 21. Aug. Der Metzger und frühere Bier Müller wurde unter dem Verdacht, bei der Saalkschlacht in Bollmatingen von seinem Messer Gebrauch gemacht zu haben, festgenommen. — Durch Strafbefehl wurden eine Anzahl Nationalsozialisten, die in Bollmatingen Mitglieder der SPD, nämlich angegriffen hatten, zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten verurteilt. — Der kommunistische Stadtrat Fuchs aus Konstanz, der im Zusammenhang mit der Bollmatinger Affäre festgenommen worden war und seit einigen Tagen im Hungerstreik stand, ist freigelassen worden, nachdem die Strafkammer seiner Haftbeschwerde stattgegeben hat.

Id. Konstanz, 21. August. Ein mysteriöser Vorfall ereignete sich am Donnerstag auf dem Gnadensee bei Reichenau. Der Geschäftsführer der Firma Gebr. Hamm, Seisenfieberei in Ragold, Erich Trefsbahn, traf am Donnerstag nachmittag in Begleitung seiner Frau und seinem acht Jahre alten Sohn mit einem Personenauto von Tübingen hier ein. Er mietete gegen 6 Uhr abends ein Ruderboot und fuhr mit seiner Familie auf den Gnadensee hinaus. Die Familie ist bis jetzt nicht zurückgekehrt, dagegen wurde am Freitag vormittag das gemietete Ruderboot treibend aufgefunden. Im Boot wurde ein Damenmantel, eine Aktentasche, eine Handtasche und eine angebrochene Flasche Schwarzwälder Kirsch gefunden. Es muß angenommen werden, daß die Familie den Tod gefunden hat. Trefsbahn zeigte kurz vor seiner Fahrt auf dem Gnadensee ein sehr aufgeregtes Wesen.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung.

Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Bis zum 6. September 1931 einschließlich, wird politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung (Uniform) im Amtsbezirk Konstanz mit sofortiger Wirkung verboten. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. I, S. 79) bestraft.

Karlsruhe, den 22. August 1931.

Der Minister des Innern:

Maier.

### Gommer-Operette

Im Städtischen Konzerthaus  
Spielplan vom 24. bis 30. August.

Montag, 24. Aug. Sondervorstellung Volksbühne Nr. 3. 20 bis 22.30.  
Dienstag, 25. Aug. Die lustige Witwe. 20 bis nach 22.30 (4.—).  
Mittwoch, 26. Aug. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren. 20 bis nach 22.30 (4.—).  
Donnerstag, 27. Aug. Zum erstenmal: Peppina, Operette in 3 Akten von Rudolf Desferreider. Musik von Robert Stolz. 20 bis gegen 23 (4.—).  
Freitag, 28. Aug. Die lustige Witwe. 20 bis nach 22.30 (4.—).  
Samstag, 29. Aug. Peppina. 20 bis gegen 23 (4.—).  
Sonntag, 30. Aug. Peppina. 19.30 bis gegen 22.30 (4.—).

## Badisches Landestheater Karlsruhe

Jedem ist der Besuch seines Landestheaters  
auch in der schweren Zeit möglich durch die

## erhebliche Senkung aller Eintrittspreise

ab 9. September 1931

Jeder kann Platzmieter werden und die damit verbundenen weiteren Vorteile genießen

Anmeldungen an der Theaterkasse

2.372

Die Stelle des

### Bürgermeisters

der Gemeinde Badenweiler ist neu zu besetzen. Der Bürgermeister hat zugleich die Stelle eines Kurdirektors zu bekleiden.

In Betracht kommt nur eine Persönlichkeit, die über umfassende Kenntnisse auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung und des Fremdenverkehrswezens verfügt. Bewerbungen mit Angaben über Sprachkenntnisse, Gehaltsansprüche usw. sind unter Beifügung eines Lebenslaufes, Lichtbildes und von beglaubigten Zeugnisabschriften bis spätestens 1. September 1931 an den Gemeinderat zu richten.

Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung ist nicht erwünscht.

Badenweiler, den 20. August 1932.

### Der Gemeinderat.

Kurt Leberer, Wacker, Jant, Tubach, E. Rivinius, Mehnert, P. Rivinius, Schneitz, Bindemann, Eich, Schniger, Pruscha, J. Sonntag.  
3. Sonntag

Anfang 19<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Ende 22<sup>1</sup>/<sub>4</sub>,  
Preise 1—4 RM



### Gommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 23. August 1931

### Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren

Singpiel von  
Freddy Raymond  
Dirigent: Bilger  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:

Böser, Jöhner, Ziegler,

Druck G. Braun, Karlsruhe.

## Städt. Orchester Heidelberg

Für die interimistische  
Leitung des Städt. Orchesters

(43 Musiker — Sinfonie- und  
Kurlongerte) in der Zeit vom  
1. 10. 1931 bis 30. 9. 1932 wird  
eine junge, befähigte Kraft  
gesucht. Angebote mit Lebens-  
lauf (Altersangabe, Ausbil-  
dungsgang), Bild, Zeugn. und  
Gehaltsanspruch sind bis spät.  
15. 9. an d. Oberbürgermeister  
der Stadt Heidelberg zu rich-  
ten. Persönliche Vorstellung  
nur auf Einladung erwünscht

Heidelberg, den 20. August 1931. 2.371

Der Oberbürgermeister

## Wir werben für Sie!